

# Restmülltonne: Viermal vor die Tür stellen, achtmal zahlen

Die Peinerin **Birgit Müller** ärgert sich über die Kosten für die Müllentsorgung

**Fortsetzung von Seite 1.** „Wenn man Extra-Wege mit dem Auto machen muss, ergibt die Strategie aber keinen Sinn mehr. Bei mir ist das nicht der Fall, denn ich arbeite in Braunschweig und es liegt ein Unverpackt-Laden auf meinem Weg, den ich mit dem Auto zurücklege. Da sind auch das Gewicht und die Zerbrechlichkeit der Gläser kein Problem. Wenn man mit Bus und Bahn unterwegs ist, sieht das natürlich anders aus“, erklärt sie.

Für den Transport greift sie auf verschließbare Gläser zurück, und auch für die Aufbewahrung von Vorräten setzt sie auf dieses Material. Zudem verwendet sie viele Lebensmittel aus eigener Ernte, die sie für den Winter konserviert. Einkoch wird seit eh und je in Gläsern, doch Müller geht noch weiter: „Ich friere sogar in Glas ein, um Plastik zu vermeiden. Wenn man die Behälter nicht zu voll füllt, ist das kein Problem“, sagt sie. Brot und Brötchen backt sie selbst, und ansonsten kauft sie nach Möglichkeit regional und saisonal und kocht frisch. Kleidung kauft sie eher selten, dafür hochwertig.

Alles in allem entsteht in ihrem Haushalt sehr wenig Müll. „Etwa alle zwei Monate stelle ich einen halbvollen gelben Sack raus, und auch bis die Restmülltonne voll ist, dauert es bei mir sehr lange“, rechnet sie vor. Deshalb findet sie es unglücklich, dass die Abfall- und Beschäftigungsbetriebe des Landkreises Peine (A+B) pauschal von acht Leerungen ausgehen, die auch zu



Schraubdeckelgläser eignen sich sehr gut, um Müll zu vermeiden.

FOTO: RALF BÜCHLER

bezahlen sind. „Ich finde, dadurch wird ein ganz falscher Anreiz gesetzt“, moniert sie. Sie habe auch schon einmal versucht, sich eine Restmülltonne mit einer Nachbarin zu teilen, doch das sei abgelehnt worden. Sie hat das Gefühl, dass sie doppelt zahlt: Zum einen greift sie auf oft teurere Produkte zurück, um Müll zu vermeiden, zum anderen zahlt sie für die Entsorgung von Müll, den sie gar nicht hat.

„Der Gesetzgeber hat grund-

sätzlich entschieden, dass die Eigentümer von bebauten und bewohnten Grundstücken diese an die öffentliche Abfallentsorgung anzuschließen haben, es gibt also einen Anschlusszwang“, erklärt Brigitta Saal, Sprecherin von A + B. Zudem müssten die Bewohner der Immobilien auf den angeschlossenen Grundstücken die Einrichtungen der öffentlichen Abfallentsorgung auch tatsächlich nutzen, haben also einen Benut-

zungszwang. „A + B hat sich im Rahmen der Umsetzung dieser Verpflichtungen dafür entschieden, den Nutzenden ein System an die Hand zu geben, durch das auf der einen Seite sichergestellt ist, dass die gesetzlichen Verpflichtungen eingehalten werden können, und auf der anderen Seite ein individueller Gestaltungsspielraum verbleibt“, macht Saal deutlich.

Nach Vorstellung der Verantwortlichen stellen die Pflichtent-

leerungen sicher, dass das öffentliche Abfallentsorgungssystem auch tatsächlich in Anspruch genommen wird. Es soll kein Anreiz bestehen, die Abfälle wild oder über öffentliche Abfallbehälter zu entsorgen, um mutmaßlich Kosten zu sparen. „Die Pflichtentleerungen sind moderat gestaltet und treffen insbesondere neu angeschlossene Grundstücke nicht übermäßig“, so die Einschätzung von A+B. Darüber hinaus könne jeder Nutzer durch sein eigenes, möglichst optimales Entsorgungsverhalten die Höhe seiner Gebühren mit beeinflussen.

Wenn – wie im Fall von Birgit Müller – das Abfallaufkommen in einem Haushalt so gering ist, dass selbst die Pflichtentleerungen nicht ausgenutzt werden, bestehe die Möglichkeit der gemeinschaftlichen Nutzung von Abfallbehältern, macht Saal deutlich. Allerdings gibt es dabei Einschränkungen: Das Angebot gilt nur für benachbarte Grundstücke, die eine gemeinsame Grenze haben. „Der Antrag auf gemeinschaftliche Nutzung muss von beiden Parteien ausgefüllt und unterschrieben werden. Die Gebühren werden dann dem Eigentümer der verbleibenden Behälter in Rechnung gestellt. Über die Aufteilung der entstandenen Kosten müssen sich die Parteien untereinander einigen“, erklärt die A+B-Sprecherin. Warum die Anfrage von Birgit Müller nach einer gemeinschaftlich genutzten Restmülltonne abgelehnt wurde, könne sie nicht sagen, ohne den genauen Sachverhalt zu kennen. **wos**



Ingmar Müller, Vorstandsmitglied der Sparkasse Hildesheim Goslar Peine (l.), und Marcel Schmidt, Bereichsdirektor Firmenkunden

FOTO: SK HGP

## Sparkasse spendet 15.000 Euro an Kinderschutz

20 Euro für jeden Kunden, der an Befragung teilgenommen hat

**Peine.** Im vierten Quartal 2023 hat die Sparkasse Hildesheim Goslar Peine ihre gewerblichen Kunden dazu befragt, wie zufrieden sie mit der Beratung und dem Service der Sparkasse sind, was ihnen gut gefällt und wo sie Verbesserungspotenzial sehen. Der Vorstand der Sparkasse hat sich entschieden, als Dank für jeden Kunden, der an der Befragung teilgenommen hat, 20 Euro an die Kinderschutzorganisationen im Geschäftsgebiet zu spenden.

Ingmar Müller, Vorstandsmitglied der Sparkasse Hildes-

heim Goslar Peine, sagt: „Kinder sind unsere Zukunft, aber auch die verletzlichsten Mitglieder unserer Gesellschaft. Sie brauchen besonderen Schutz und unsere Fürsorge. Weil es bei uns um mehr als Geld geht, haben wir uns entschieden, den Kinderschutz mit einer Spende zu unterstützen.“ So sind 11.920 Euro zusammengekommen. Die Sparkasse rundet diesen Betrag auf 15.000 Euro auf und verteilt ihn auf die Kinderschutzbünde in ihrem Geschäftsgebiet.

Marcel Schmidt, Bereichsdi-

rektor Firmenkunden: „Die Kunden, die an unserer Befragung teilgenommen haben, haben damit nicht nur uns geholfen, sondern auch Gutes getan.“ Ebenfalls erfreulich: Der erste Überblick aus der Umfrage zeigt ein positives Feedback. Die gewerblichen Kunden attestieren der Sparkasse Hildesheim Goslar Peine ihre Zufriedenheit.

Vier von fünf Kunden sind der Sparkasse nachhaltig treu und drei Viertel der Kunden würden die Sparkasse HGP aktiv weiterempfehlen.